

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 7

Artikel: Das Bonner Deutschland
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336209>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ALFRED JOACHIM FISCHER

Das Bonner Deutschland

München, im Juli 1949.

Am 20. Juni 1948, dem sogenannten Tage X, begann in Westdeutschland die Währungsreform. Damals hörte ich immer wieder optimistische Voraussagen: «Mit vollem Magen wird der Deutsche leichter zur Selbstbesinnung und zur Demokratie zu bringen sein.» Bedauerlicherweise muß man feststellen, daß keines von beiden zutrifft. Eher schon sind Chauvinismus und Nationalismus angewachsen. Mit der Demokratie hingegen wird es so gehalten, daß man sie gern *ad absurdum* führt. Dabei kommt es zur Auffrischung bewährter Methoden. Unvermeidbare Fehler und Irrtümer des parlamentarischen Systems und einzelner Parteipolitiker werden mit der Demokratie als Institution identifiziert und diese diskreditiert. Eifrig sucht man eine neue Kriegsschuld bei Amerikanern und Engländern und vergißt über solchen grotesken Verzerrungen die tatsächliche eigene. Daß den Trümmern Berlins, Hamburgs und Dresdens die von Warschau, Rotterdam, Belgrad, Coventry und London vorangingen, wird bewußt vergessen. Solche Irreführungen und Verdrehungen sind zum Teil schweren Unterlassungssünden der Besetzungsmächte zuzuschreiben. Mit ihren großen Apparaten und Möglichkeiten haben sie es nicht verstanden, die deutsche Öffentlichkeit auch nur oberflächlich zu informieren. Nach eigenen Stichproben stellte ich — ein Beispiel unter Hunderten — fest, daß die Mehrzahl der von mir Befragten davon überzeugt war, die Vereinigten Staaten hätten Deutschland den Krieg erklärt und nicht umgekehrt. Laut amerikanischen Umfragen behauptet heute bereits eine Majorität der Deutschen, Faschismus und Nazismus seien eine ganz gute Sache gewesen — bei schlechter Durchführung. Nach dem Zusammenbruch wurden ein paar KZ-Filme vorgeführt. Ohne jede vorangehende Aufklärung hinterließen sie weder Reue noch Scham. Danach wandten sich die Besetzungsbehörden anderen Aufgaben zu. Man kann Erwachsene schwer umerziehen. Junge Seelen sind jedoch knetbar. Daß man für die deutsche Schuljugend keine Auswahl unumstößlicher, dokumentarischer Bücher über Hintergründe und Wirken des Nazitums schreibt, die auch mit der Hitlerlegende aufräumen, gehört zu jenen Unterlassungssünden, die sich einmal rächen müssen.

Ohne näheres Wissen um die Außenwelt realisiert der Deutsche auch nicht, daß er, verglichen mit Englands Rationen, ein Kalorienverschwender ist. Norwegische und dänische Besucher Deutschlands bekommen große Augen. Erstere glauben sich nach einem praktisch fleischlosen Winter an die Fleischtöpfe Ägyptens versetzt, letztere kaufen heimlich den daheim streng rationierten Kaffee ein. Gleichzeitig klagten mir gegenüber deutsche Hausfrauen über geringe Fettrationen. Eine kurze Nachprüfung ergab, daß sie einschließlich Sonderzuteilungen wieder ungefähr den Stand des Jahres 1936 um 100 Gramm übertreffen. (Auch damals war nach dem Grundsatz «Kanonen statt Butter» letztere bereits rationiert.)

Wer sich daran gewöhnt hat, Ruinen zu übersehen, für den ist Westdeutschland eine Sphäre des Überflusses. Auf den Bahnhöfen wittert man nicht mehr in jedem Gepäckträger einen getarnten Kofferdieb. Das Mittagessen der Mitropa-Speisewagen wurde zur Selbstverständlichkeit. Die Normalisierung des Daseins ist nicht einheitlich. Von Süden kommend, beobachtet man steigende Lebensmittel- und Restaurationspreise. Ein Wiener Schnitzel gleicher Größe und Qualität kostet in München DM 2.50 und in Frankfurt DM 4.50. Einkommensmäßig bietet Nord- und Westdeutschland bessere Chancen, die aber den Preisunterschied nicht ausgleichen.

Innerhalb der britischen Zone gibt es wiederum grundlegende Unterschiede. So ist etwa Hannover trotz bewunderungswürdigem Aufbau, der hier aus Trümmern wieder eine international leistungsfähige Messestadt schuf, gegenüber Düsseldorf ein Aschenbrödel. Die französische Zone hat ihr eigenes Bild. Man bekommt auch dort so ziemlich alles, ohne daß gleichzeitig ein belebender Aufbau parallel läuft. Städte wie Konstanz, Koblenz und Mainz gleichen Wohlfahrtsempfängern, denen ein rückständiges soziales System Wohlleben erlaubt, statt produktive Arbeit zu schaffen.

Vom äußereren Glanz und Komfort könnte, ohne daß man sich wiederholen müßte, noch spaltenlang die Rede sein. Im März 1948 stellten gute Freunde dem Kieler Hotelwirt die Bettwäsche für mein Zimmer zur Verfügung. Eine halbausgebrannte Glühbirne erlaubte noch nicht einmal das Lesen der Zeitung. 1949 ist alles intakt: blendend weiße, ständig gewechselte Bettwäsche, ebenso weiße Tischtücher, verschwenderisches Licht überall bis zur gutfunktionierenden Nachttischlampe, heißes Wasser und last not least vielgängiges Essen bei geringfügiger Markenablöse (in Österreich zahlt man dafür etwa das Vierfache).

Westdeutschland ist heute, als Land der überladenen Schaufenster, ein Schaufenster nach dem Osten geworden. Oberflächliche Betrachter können daraus leicht falsche Schlüsse über allgemeinen Wohlstand ziehen. In Düssel-

dorf, der Hauptstadt Rheinland-Westfalens, wo sich die Vermögen zahlloser Industrieller zusammenballen, bietet die Königsallee mit illuminierten Schaufenstern und blumengeschmückten Kaffeehausterrassen ein Bild unbekümmter Sorglosigkeit. Solche Eindrücke dürfen aber keinesfalls darüber hinwegtäuschen, daß es sich bis heute nur um eine *Fassadenerholung* handelt.

Hotels, Gaststätten und Geschäfte sind wieder aufgebaut worden. Über den vollen Läden aber gähnen immer noch leergebrannte Wohnungen. Neue Wohnungen sind zum sehr beträchtlichen Teil kleine Einfamilienvillen. Vom sozialen Wohnbau wird viel gesprochen. Kein Parteiprogramm kann auf ihn als Hauptanziehungspunkt verzichten. Was jedoch in den zerstörten Städten auf diesem Gebiet tatsächlich geschah, ist bis auf einige Ansätze, wie in Bayern, nur wenig ermutigend. Württemberg bildet eine Ausnahme. Dort kann aber weniger von sozialen Programmen als von bemerkenswerter persönlicher Initiative (nicht gleichbedeutend mit dem üblichen Begriff «Privatinitiative») die Rede sein. Der schwäbische Hausbesitzer — ein Begriff, der jeden halbwegs sparsamen Lohndiener und Botenmeister mitumschließt — repariert alle Schäden eigenhändig, ja, macht Ruinen wieder wohnbar. Zurzeit des Materialmangels gab er Freizeit und Ferien auf, um Ziegel, Gips, Farben usw. als Deputate zu erarbeiten. Bei ihm aber handelt es sich eben um eine Ausnahmerscheinung.

Verkaufsbuden, die das Stadtbild verschandeln, sprießen überall aus dem Boden (bei vollkommener Gewerbefreiheit). Wohnhäuser sind weniger lukrativ. Lächerlich geringe Festmieten machen aus dem zu keinerlei Reparaturen fähigen Althausbesitzer einen Hauptleidtragenden der deutschen Wirtschaft, für den sich heute sozialdemokratische Kreise ähnlich einsetzen wie einst für den ausgebeuteten Mieter.

In Düsseldorf empfingen mich einige führende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft mit Havanna-Zigarren und so schön klingenden Worten wie: «Unsere Stadt ist das Tor Deutschlands zur Welt.» Trotz Unklarheit über die Besitzverhältnisse — in den Treuhandgesellschaften wie «Stahl und Eisen» besteht der Aufsichtsrat aus Staatsbeamten, alten und kommenden Vertretern, und herrscht ein ziemlich wildes Durcheinander — gewinnen jene Kräfte erneut die Oberhand, die einmal Hitlers und Deutschlands Kriegsmaschine finanzierten. Der Kreis der Bergassessoren und der «Langnamverein» sind Samen zu jenem sozialen Unkraut, der einmal Papens Herrenklub war. Der künftige deutsche Bundesrat soll einst die Entscheidung über Sozialisierungen fällen. Bis zu diesem Zeitpunkt dürften aber bereits Machtzusammenballungen fundiert sein, die ein Ja mindestens erschweren.

Auch gibt es viele Linkspolitiker, darunter führende in Hannover, denen

ohne die Ostzone eine ausreichende parlamentarische Sozialisierungsbasis kaum denkbar erscheint.

Unter führenden deutschen Politikern ist man natürlich über das Problem der Verstaatlichung geteilter Meinung. Die Sozialdemokratische Partei hat sich darauf festgelegt. In einem langen Gespräch mit ihrem Bonner Hauptrepräsentanten, Professor Carlo Schmid, dem Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, nannte er diese Verstaatlichung sogar wichtigste Voraussetzung eines Sieges der Demokratie in Deutschland. Für den Arbeiter handle es sich um keine Magen-, sondern um eine Ehrenfrage. Nach Schmid, dessen brillierende Formulierungen seine teilweise französische Abstammung nicht verleugnen, zieht der Arbeiter die eigene Hütte der schöneren und komfortableren Bedientenstube vor. Auch bürgerliche Parteiführer bilden in der Ablehnung einer Ruhrsozialisierung durchaus keine einheitliche Front. Karl Arnold, CDU-Ministerpräsident der gut funktionierenden Koalitionsregierung Rheinland-Westfalen — er hatte große persönliche Erfolge in den Grenzauseinandersetzungen mit Belgien —, fand während unserer Unterhaltung die folgende Formulierung: «Vor allem ist das Problem der Überführung der Schlüsselindustrien in neue, gemeinwirtschaftliche Formen zu lösen.»

Aus seinem Munde wiegen solche Worte doppelt, denn schließlich kommen zwei Drittel des deutschen Exports aus dem Industriegebiet Rheinland-Westfalen.

Über den von Carlo Schmid angeschnittenen Ehren- und Magenstandpunkt denkt besonders nach, wer einige der Kohlenbergwerke besucht. Mangel an Brennstoff wegen der Exportverpflichtungen hindern selbst «restricted industries» daran, die Höchstgrenze zu erreichen. Es geht den deutschen Kumpeln gut, in etwas gehobeneren Positionen, vom Steiger aufwärts, sogar besser als höheren Kommunal- und Staatsbeamten. Manches Haus eines Steigers wirkte schon etwas villenmäßig. Modernisierung und hygienische Bedingungen sind weit besser als in England. Dennoch herrschten dieselben Nachwuchssorgen. Schuld daran ist zweierlei: hierarchische Verhältnisse und soziologische Mißstände.

Der Aufsichtsrat spielt eine Art Vormund. Jeder, der in der Laufbahn vorwärtskommen will — höchste Stufenleiter ist Oberbeamter mit 15000 DM, freier Wohnung und ansehnlichem Kohlendeputat — spürt diese Kontrolle, die wiederum Druck von unten heraufbeschwert, in entsprechend steigendem Maß. Soziologisch charakterisierte ein Bochumer Bergmann die Situation knapp aber treffend: «Meinem Sohne würde ich erst dann wieder erlauben, Kumpel zu werden, wenn bei seinem Heiratsantrag eine Lehrers- oder mittlere Beamtentochter nicht die Nase rümpft.» Sozialdemokratische und ge-

werkschaftliche Optimisten sind überzeugt davon, daß eine Sozialisierung die beiden hier natürlich nur skizzierten Schwierigkeiten beseitigen würde.

Steigende Produktionsziffern und wirtschaftliche Normalisierung wären ohne Opfer der Gewerkschaften, die ihre Lohnforderungen immer wieder zurückstellten, nicht möglich gewesen. Was der Arbeiter in den Not- und Hungerjahren leistete, ist anerkennenswert, um so mehr, als hier wirkliche Werktreue mitsprach, denn sein Durchschnittslohn hatte nur einen Gegenwert von drei Zigaretten. Auch heute läßt die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung sehr zu wünschen übrig. Betrachten wir die Durchschnittswochenlöhne, entspricht dem asketischen Idol des Deutschen. Ehrgeizig liebt er Macht und Verantwortung, bei einem Politiker kein Nachteil, wenn man dennoch sparsam davon Gebrauch macht. Schon aber wird um ihn ein Führerfluidum verbreitet, dem sich niemand entziehen kann, der das Parteihaus in Hannover besucht oder größeren SPD-Kongressen wie dem in Rosenheim beiwohnt.

Auch die CDU agiert mit nationalistischen Schlagworten — es sei nur an Adenauers Schweizer Rede erinnert —, denen gegenüber nur die Freie Demokratische Partei (FDP) beinahe immun ist. Jedoch wird sie, stets ausgleichend und vermittelnd, selbst im Falle einiger Stimmenerfolge kaum entscheidendes Gewicht haben.

Wie kein Parteigeist im positiven Sinn vorhanden ist, mangelt es auch an Gewerkschaftsgesinnung. Steigende Mitgliederziffern — 5 000 000 in den drei Westzonen —, die mir der greise Präsident Hans Böckler vorwies, und die alle Vor-Hitler-Statistiken übertreffen, sind kein Gegenbeweis. Man hält es für vorteilhaft, dabei zu sein, steht aber — das gab Böckler zu — gewerkschaftlicher Entwicklung und gewerkschaftlichen Problemen in der Majorität unsolidarisch und desinteressiert gegenüber.

Der schon mehrfach zitierte Carlo Schmid gehörte zu jenen Einsichtigen, die ihre Gegnerschaft gegen jede Parteipolitik aufgaben, weil sie erkannten, daß man Gefahren wie dem Hitlertum nur geschlossen und nicht individuell begegnen kann. Er gehört aber zu den raren Predigern in der Wüste. Andere benützen Worte wie «demokratische Gleichberechtigung» nur dann, wenn sie unter Berufung darauf wahre Demokraten ausschließen wollen. So können beim Studentenaustausch Leute, die — aus rassischen oder politischen Gründen — Opfer des Faschismus geworden sind, sicher sein, daß ihnen grundsätzlich die Majorität genormter Nationalisten vorgezogen wird. Kriegsdienstjahre zählen doppelt. Wehrunwürdige oder gar solche, die den demokratischen Mächten unter ständiger Lebensgefahr halfen, sind bereits wieder Vaterlandsverräter.

In Göttingen reden sich die Studenten mit Herr Major an. Ihre Bücher —

wo bleibt die geistige Marshallhilfe? — sind veraltet und reaktionär. Soweit energischere und fortschrittliche Rektoren vorhanden sind, lassen sich schrittweise ideologische Wendungen erzielen. Heidelberg macht keinen schlechten Eindruck, und in Tübingen glückte die Umerziehung von 400 ehemaligen HJ-Leuten, die heute positive und zukunftsverheißende Arbeit leisten. Berlins Freie Universität lud nach Diskussionen, die dem Kortner-Film «*Der Ruf*» folgten, sogar alle jüdischen Studenten ein, die sich in Westdeutschland terrorisiert fühlen.

Ausschaltung neueingestellter und unvorbelasteter Beamter zugunsten der kleinen Nazi, die rehabilitiert wurden (Kategorie 4 und 5) ist überall bemerkbar. Immer offensichtlicher wird der «Mitläufers» dem irgendwelcher Linkstendenzen verdächtigen ehemaligen KZ-Insassen vorgezogen. Ja, eine Frankfurter Zeitung darf schon wieder die Behauptung aufstellen, niemand, der es nicht verdient hätte, sei in ein deutsches Konzentrationslager gekommen.

Heute noch nicht voll abschätzbares Unheil hat das System der Entnazifizierungen angerichtet, die erst mit dem kleinen Pg ziemlich hart abrechneten und nun die großen, wirklich Belasteten, oft bis zu hohen SS-Chargen, unter Ovationen des Publikums freispricht oder mit symbolischen Strafen belegt.

Flucht aus der Wirklichkeit heißt Ausschalten alles Verbrecherischen, was sich in Hitlerdeutschland zutrug. Man kann dabei unübertrieben von Verdrängungskomplexen sprechen. Auch Theater und Film suchen immer unrealistischere Sphären.

Historischen Tatsachen, wie dem Mord an sechs Millionen Juden, ins Auge zu sehen, findet strikteste Ablehnung. Lebende Gegenbeweise sind peinlich. Daraus erklärt sich zum Teil die Abneigung gegen Opfer des Faschismus und ein ursprünglich schleichender Antisemitismus, der nun schon offenere Formen annimmt. Humanität wird nur im eigenen Interesse gefordert, so bei Demonstrationen gegen neue Demontagen. (Da sie die deutsche Wirtschaft und damit das deutsche Volk in seinen Lebensinteressen schädigen.)

Auch die Kirchen versagen. Während etwa holländische Geistliche zur Gewissensprüfung gegenüber Antisemitismus und ähnlichen Übeln auffordern, hört man solche erhebenden Kanzelworte hier fast niemals. Hingegen dringt der Katholizismus, wie sich Dr. Konrad Adenauer als CDU-Führer ausdrückt, wieder bis zu Vorzimmern des Parlamentarismus. In der bayrischen Politik spielt er hinter den Kulissen eine große Rolle. Das gilt sowohl für die bajuwarisch-nationalistische Bauernpartei wie für die Christlich-Soziale Union. In der CSU wurden fortschrittliche Einflüsse wie die des nicht wiedergewählten Parteivorsitzenden Dr. Josef Müller zurückgedrängt. Für das neue

Deutschland bildet gerade Bayerns halb separatistische und halb übertrieben föderalistische Haltung einen Gefahrenherd.

Bayerns Parlament war ja auch das einzige, das dem Bonner Grundgesetz nicht zustimmte. In dieser alten Universitätsstadt erlebte ich die Geburtsstunde der deutschen Bundesrepublik mit. (Unter wiedergekehrten schwarz-rot-goldenen Farben — ein psychologischer Mißgriff, da sie allgemein diskreditiert sind.)

Natürlich wäre Frankfurt, das zentraler liegt und ganz andere bauliche Voraussetzungen hat, über direkte Telephonverbindungen nach der ganzen Welt verfügt usw., als Bundeshauptstadt geeigneter gewesen. Bonn wird ja auch nur den sogenannten klassischen Ministerien Raum bieten, während die eigentlichen Verwaltungsapparate am Main bleiben sollen. Solche Nachteile so sind sie bei Männern auf DM 51.46 (1938: 41.95) und bei Frauen auf DM 29.34 (1938: 23.45) in die Höhe gegangen. Bahn- und Postbeamte, die 135 bis 140 DM monatlich beginnen, erreichen langsam 180 DM. Eine tüchtige Stenotypistin erhält 220 DM.

Verglichen mit 1938 sind die Lebensmittelpreise um 50 bis 100 Prozent teurer geworden. Fleisch durchschnittlich 100 Prozent; Zucker 0.60 bis 1 DM*, früher 0.30; Butter 2 bis 5 DM, früher 1.60; ein Ei 42 Pfennige, früher 12. Will sich also der Arbeiter einigermaßen gut verpflegen, und dieser Wunsch ist nach vorangegangenen Entbehrungen allgemein, so geht das auf Kosten der übrigen Lebenshaltung. Es ist eine Milchmädchenrechnung, wenn verantwortliche Frankfurter Wirtschaftskreise von Erhöhung der Reallöhne durch Preissenkungen sprechen, da sie nur Textilien, Schuhe usw. betreffen, also Dinge, die sich der Durchschnittsarbeiter sowieso nur in beschränktem Ausmaße leistet. Selbst nach den Verbilligungen ist ein Wochenlohn immer nur noch anderthalb Paar Schuhe wert, in Schweden hingegen das Drei- bis Vierfache. Unzufriedenheit wächst allgemein. Anfangs enthusiastisch begrüßt, wurde bessere Verpflegung Gewohnheit, und die menschliche Natur verlangt auch nach den andern Dingen, die das Dasein lebenswert machen.

Ja, die Wunschkonzentration auf noch unerreichbare, aber schon wieder erhältliche Dinge, hat das politische, kulturelle und intellektuelle Leben gelähmt. Erich Kästner, der fortschrittliche Schriftsteller, berichtete von Jugendströmungen, die im geistigen Sinne durchaus revolutionär waren, aber versickerten, weil das Materielle andere Interessen verdrängt.

Wenn Dr. Ludwig Erhard, der Direktor des Wirtschaftsrates, lächelnd beteuert: «Bei mir konnten die Leute in drei Monaten mehr kaufen als früher

* Bei den höheren Ziffern handelt es sich um die Preise des Grauen Marktes.

in drei Jahren», so stimmt das schon, aber früher konnten sie eben gar nichts kaufen. Erhard beeindruckte mich als starke, ideenreiche Persönlichkeit mit entwaffnender Dialektik. Ob jedoch seine laisser-faire-Praxis die Marshallhilfe und ihre Vorteile auf sozialste Weise auswertet, das bezweifeln nicht nur Sozialdemokraten, vielmehr auch große Schichten der linken CDU. (Trotz Bekenntnis der offiziellen Wahlpropaganda dieser Partei zum Erhardprogramm.)

Dr. Kurt Schumacher vergleicht Deutschland ironisch mit einem kapitalistischen Naturschutzwald, der keiner Planung bedürfe. Tatsächlich wird hier weniger geplant als selbst in Amerika der zweiten Trumanschen Präsidentschaft. Alles, was Planung voraussetzt, mißlingt. Dabei sei nur an die «Jedermann-Aktion» erinnert, die, im Gegensatz zu Großbritanniens «Utility Program», versagte.

Austerity hat bestimmte menschliche Voraussetzungen, die in Deutschland nicht vorhanden sind. Dazu gehört beispielsweise diskreter Reichtum. Man präßt jedoch gern in Deutschland, und in aller Öffentlichkeit. Geradezu orientalische Kontraste begegnen einem auf Schritt und Tritt. Wohlfahrtsempfänger in niedersächsischen Großstädten erhalten 50 DM monatlich. DM 15.90 ist die wöchentliche Arbeitslosenunterstützung einer aus Berlin evakuierten Sekretärin im teuren Harz. Sie zahlt 7 DM Miete. DM 1.20 beträgt der Fahrpreis in die Kreisstadt, wo sie ihre Unterstützung persönlich abholen muß. Auf der andern Seite des Ufers aber stehen die sogenannten Sachwertbesitzer. Sie bereicherten sich an der Kriegswirtschaft oder durch sonstige Nutznießerei. Nach dem Umbruch trieben diese moralisch nicht gerade hochwertigen Existzenen Hortungen in ganz großem Maßstab, ohne Rücksicht auf Hunger und Verelendung ihrer Mitbürger. Am Tage der Währungsreform schalteten sie als geschickte, skrupellose Spekulanten auf Ausverkäufe um, brachten rares Bargeld ein und konnten, begünstigt durch das ganze System, zu wohlhabenden Unternehmern aufrücken. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Prämienverteilung an die moralisch und zum großen Teil auch politisch Schuldigen nicht gerade zum Prestige der Demokratie und der demokratischen Kräfte beiträgt. Während sich die ewigen Konjunkturgewinner erneut bereicherten, ging ein Flüchtlingsbetrieb nach dem andern zu grunde, da ihm der Hortungsrückhalt fehlte. Man empfindet die «Eindringlinge» als Landesplage und läßt es sie fühlen. Das resultiert wiederum in gefahrenbringenden Reaktionen. Aus den Flüchtlingen bilden sich eigene, parteienähnlich aufgezogene Organisationen. Unzufriedene — Kriegsgeschädigte, Ausgebombte usw. — lassen sich vom Strom des Radikalismus mit-

reißen. Dadurch entstehen beispielsweise auch Wählerverbände sogenannter selbständiger Kandidaten. Sie bieten weit bessere Tarnungsmöglichkeiten als die Listen großer offizieller Parteien. Kombinationen dieser Art sind der unbekannte Nenner bei den Bundesratswahlen vom 14. August. Wie weit sich aus ihnen eine Macht des Destruktiven entwickelt oder wie weit sie «nur» zur Stimmenzersplitterung beitragen, bleibt abzuwarten.

Auf jeden Fall färbt Radikalismus auch auf die Parteien selbst ab, wollen sie nicht die Massen, vor allem der Flüchtlinge, verlieren. Dr. Kurt Schumacher, der SPD-Führer, reiht Stalin bereits in die Reihe der großen Kriegsverbrecher ein. An sich ein klarer Kopf mit Konzeption und ein großartiger Dialektiker — die Energien des einarmigen und seit kurzer Zeit nunmehr auch einbeinigen Mannes verdienen Bewunderung — schwimmt er gar zu gern im Meer des Beifalls, der sich durch nationalistische Wendungen am ehesten erreichen lässt. Sein Widerstand gegen unablässige alliierte Interventionen in Bonn (diktirt in Hannover) war erfolgreich. Schumacher selbst wiegt aber ein Umstand auf: Bonn ist und kann nur Provisorium sein. Damit bleibt Berlin auch solange die symbolische Hauptstadt, wie es das praktisch nicht sein kann, und ist die deutsche Zerreißung kein Definitivum.

Ein Grundgesetz, dazu noch unter fremder Vormundschaft, kann nicht ideal sein. Bonn bietet aber nach den Worten des FDP-Führers Dr. Theodor Heuß, der eine Kapazität in Verfassungsfragen ist, Weimar gegenüber manchen Vorteil. So wird auf plebiszitäre Gesetzgebung verzichtet, die eine weit größere demokratische Tradition voraussetzt und hier nur zur Demokratie des Drucks und der Vermassung führt. Auch eine Regierungsstabilisierung ist gewährleistet. Man kann das alte Kabinett nur absetzen, wenn ein neues, parlamentarisch tragbares, bereits gesichert ist. (Vermeidung rein negativer Opposition, wie sie früher Nationalsozialisten und Kommunisten bei Heraufbeschwörung ständiger Krisen betrieben.)

Bonn bleibt aber genau so wie das Weimarer Deutschland eine Form ohne Inhalt, wenn es nicht von demokratischen, staatsbürgerlich bewußten Kräften getragen wird. Eine solche Minderheit existiert in Deutschland. Auch mutige Publizisten versuchen immer noch, für Demokratie und Menschenrechte eine Lanze zu brechen, ob es sich nun um den deutschen Präsidenten der Europäischen Union, Eugen Kogon — Verfasser des bahnbrechenden Buches «Der SS-Staat» und Herausgeber der «Frankfurter Hefte» —, handelt, um Müller-Junior-Meinungen von der «Süddeutschen Zeitung» und Otto Stoltz von der «Neuen Zeitung», die chauvinistische und militärische Tendenzen sarkastisch glossieren, oder um Dr. Hupka und andere Kommentatoren des Bayrischen

Rundfunks, deren schonungslose Analyse über Halders Freispruch ein dialektisches Meisterwerk war.

Diese Kräfte zu unterstützen, statt sich mit nationalistischen Elementen zu verbünden, entspräche den Zielen, für die die Alliierten einst behaupteten, den zweiten Weltkrieg zu führen. Geschieht das nicht, dann wird die deutsche Demokratie wiederum in die Defensive gedrängt und muß zum zweitenmal verlieren.

Eile tut jedoch not, damit sich aus der siedenden, brodelnden Masse deutscher Politik nicht ein Gebilde entwickelt, das zum Unglück der Welt erneut die Fratze der Reaktion, des Chauvinismus und des Militarismus trägt.

J. W. BRÜGEL

Mehr Internationalismus!

Die Lehren der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI), gegründet auf dem Internationalen Kongreß in Hamburg (1923), wurde formell erst im November 1946 auf einer Konferenz in Bournemouth zu Grabe getragen. Faktisch hatte sie schon lange vorher zu bestehen aufgehört, lange bevor die Nazi ihr Brüsseler Sekretariat besetzten. Je stärker die innerpolitische Situation einzelner ihrer Mitgliedsparteien geworden war, desto lästiger empfanden diese auch nur den Anschein, als würden sie in ihrer politischen Tätigkeit von außen her irgendwie dirigiert werden, als hätten sie — unter einem magischen Zwange, dem man nicht widerstehen kann — auf einen Teil ihrer Entschlußfreiheit zugunsten einer anonymen, im politischen Halbdunkel wirkenden Körperschaft verzichtet. Überflüssig zu betonen, daß auch in den Tagen, da die SAI noch eine Hoffnung der Arbeiterklasse war, nicht einmal der Schatten eines Anscheins eines solchen Verdachtes Berechtigung hatte. Nichtsdestoweniger wurde sie des bißchen Prestiges, das der SAI geblieben war, nach und nach bewußt beraubt, bis ihr Sekretariat gerade noch als eine Art Austauschstelle von Informationen vegetierte¹. Den internationalen Kongressen von Marseille (1925), Brüssel (1928) und Wien (1931) war kein weiterer gefolgt. Es war unmöglich — und es wurde vorsichtshalber auch nicht einmal versucht —, wenigstens nachträglich eine gemeinsame internationale sozialistische Linie in der Beurteilung der nazistischen Aggression gegen Österreich und die Tschechoslowakei auszuarbeiten². Eine gemeinsame Kundgebung der sozialistischen Parteien aus Anlaß des Kriegsausbruches wurde gar nicht

¹ Die Geschichte des stückweisen Absterbens der SAI wurde von ihrem Sekretär, Friedrich Adler, in seinem Demissionsbrief dargestellt, der 1939 im Pariser «Sozialistischen Kampf», dem Blatt der exilierten österreichischen Sozialisten, veröffentlicht worden ist.

² Da haben es die Kommunisten einfacher. Wenige Tage nach der Besetzung der Tschechoslowakei erschien in der «Inprekor» eine gemeinsame Resolution der deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Kommunisten, die die Wiedererrichtung ihrer drei Staaten als demokratische Republiken forderte. Die Kommunisten haben aber auch wenig Schwierigkeiten, von ihren am laufenden Band erzeugten Resolutionen wegzulaufen.